

Kameradschaft Aktiv

Mitteilungsblatt



Jänner/ Februar 2024 - Nr. 1/2

Aktuell – informativ – kritisch



Bezirksversammlung Pinzgau

**Der Präsidenten-
brief an die Kame-
radschaften**

Seite 2

**Ukraine 2024:
Jahr der Entschei-
dung?**

Seite 2-3

**Brennpunkte der
Weltpolitik:
Gaza- welcher
Plan?**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den Kame-
radschaften**

ab Seite 10



Der Präsidenten-brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarter

Liebe Kameraden!

Ich hoffe, dass Ihr mit Euren Familien gut in das Jahr 2024 gerutscht seid. Familie, Glaube und Tradition geben uns Halt in diesen bewegten Zeiten, in denen, wie es der sicherheitspolitische Bericht des Verteidigungsministeriums so treffend formuliert, die „Welt aus den Fugen“ zu sein scheint. Friede und Problemlösungen sind nicht in Sicht, vielmehr verschmelzen die Krisenherde ineinander. Krisen haben in der Geschichte immer dazu geführt, dass sich die Leute enger zusammengeschlossen haben. Das mag auch in der gegenwärtigen Krisensituation so sein. Momentan scheint es jedoch eher so zu sein, dass sich unsere Mitbürger in ein Schneckenhaus zurückziehen und auf sich gestellt versuchen, den Alltag zu meistern. Von einer „Renaissance“ der Vereine und des Ehrenamtes ist so gesehen noch nicht viel zu bemerken, auch wenn wir in unserem schönen Bundesland immer noch dadurch gesegnet sind, dass bei vielen das Ehrenamt eine wichtige Verpflichtung und nicht eine lästige Pflicht ist. Gerade den Kameradschaften kommt als Traditions- und Sozialvereine

eine wichtige Bedeutung zu. Wir haben unseren historischen Auftrag („Hilfe den Lebenden und Ehre den Toten“) immer gelebt und auch bewusst Akzente gesetzt, sei es durch die Einführung unseres Sozialfonds, sei es durch die Segnung unseres neuen Landesehrenmales im Zuge der Friedenswallfahrt. Um auf diese zu sprechen zu kommen: es war ernüchternd, dass den zahlreichen Medien dieses Bundeslandes die Segnung bzw. Errichtung unseres neuen Ehrenmales kaum eine Erwähnung wert war. Dies besonders in Hinblick auf manche sonstigen Ereignisse, über die groß berichtet wird und die bestenfalls unter die Notiz „nebensächlich“ fallen würden. Es scheint so zu sein, dass manche in punkto Kameradschaftsbund (ideologische) Vorurteile haben, die einer sachlichen Berichterstattung entgegenstehen. Um Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten wird auch der Österreichische Kameradschaftsbund eine Umfrage zum Bild und Selbstbild von Kameradschaft starten. Diese wird sicher manche Punkte zu Tage bringen. Für uns muss aber gelten: Tun wir Gutes und sprechen wir darüber. Daher ist Öffentlichkeitsarbeit enorm wichtig. Darunter fallen unsere öffentlichen Veranstaltungen, Feste, Sportbewerbe und persönliche Gespräche. Dazu gehören unsere sozialen Aktivitäten und das Bauen von Brücken über Grenzen hinweg. Nutzen wir die Möglichkeiten unserer Landeszeitung, des Internets und der sozialen Medien. Jeder Schritt ist wertvoll!

Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarter
Präsident

Ukraine: 2024 wird Jahr der Entscheidung

Mit dem Übergang von der „Rasputiza“ (Schlammperiode) auf den kontinentalen Winter ergaben sich neue Herausforderungen für die Soldaten beider Armeen, besonders durch den Wechsel von Kälte- und Tauperioden: Regen am Tag, Frost in der Nacht. Während sich die russischen Soldaten auf die ausgebauten Stellungen der Surowikin-Linie abstützen konnten, lagen die Ukrainer im Einbruchsraum der Sommeroffensive zwischen Robotyne und Werbowe nördlich von Tokmak weitgehend im offenen Gelände. Dies zwang sie dazu, ihre Soldaten unter Einsatz gepanzerter Fahrzeuge alle paar Tage abzulösen. Mit ein oder zwei gepanzerten Fahrzeugen stießen sie zur Frontlinie vor, ließen ausgeruhte Soldaten absitzen, um die anderen, nach mehreren Tagen Stellungsdienst aufzunehmen. Auch der Einsatz kleiner Öfen in den Stellungen erwies sich als problematisch, da sie der Rauch zu einem leichten Ziel für Drohnen macht, durch die Handgranaten in die Ofenrohre geworfen werden oder die Stellung zum Ziel eines Angriffs wird. Der Bau winterfester Stellungen durch die Ukrainer erwies sich hingegen unter ständigem Feindbeschuss und mangels verfügbaren Materials, das auf einem „gläsernen Gefechtsfeld“ bis in die vordersten Linien hätte gebracht werden müssen, als weitgehend unmöglich. Besonders schwer war die Lage für die Ukrainer am Südostrufer des Dnjepr, wo es unter Anwendung elektronischer Kampfmaßnahmen überraschend gelungen war, bei Krynky einen kleinen

Brückenkopf zu errichten. Trotz widrigster Bedingungen konnte dieser den ganzen Berichtszeitraum über gehalten werden. Ein versuchter Gegenangriff auf den Brückenkopf durch die 104. Russische Garde-Luftlandedivision dürfte sich Anfang Dezember zu einem verlustreichen Fiasko für diesen Großverband gestaltet haben.

„Moskito-Versorgung“

Ein besonderes Problem war es für die ukrainische Seite auch, ihre in der Frontlinie liegenden Verbände mit dem Nötigsten zu versorgen. Fachleute sprachen von einer Art „Moskito-Versorgung“. „Sie schlüpfen wie Moskitos unter dem Aufklärungsnetz der Russen durch, indem sie mit kleinen Truppen immer neue Routen nehmen“ (OberstG Markus Reißner). Bereits ab dem Herbst hatten die Russen ihre Luftangriffe mit Drohnen und Raketen gegen die kritische Infrastruktur der Ukraine erheblich intensiviert. Durch den Einsatz von wenigen Shahed-Drohnen wurde die ukrainische Luftabwehr getestet (es sind neue Drohmentypen im Einsatz: statt der alten Shahed 136/138, die neue 238). Vermutlich wurde versucht, so herauszufinden, wo Lücken in der Luftabwehr bestehen, um dann massiv mit hochwertigen Flugkörpern zuzuschlagen. Auch der Versuch der „Übersättigung“ der Luftabwehr war immer wieder festzustellen. Hohe Abschussraten dürfen dabei nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass einzelne durchgekommene Flugkörper ihre Ziele treffen und



Gefangenenaustausch am 31. Jänner 2024.

zerstören (können). Bei gleichbleibend hohen Verlusten der russischen Seite (ukrainische Quellen beziferten diese zu Anfang Februar 2024 auf rund 385.000 Gefallene und Verwundete) kündigte Präsident Putin an, die russische Armee um 170.000 Soldaten zu vergrößern, ohne allerdings eine neue Mobilisierungswelle durchzuführen. Bei derzeit rund 430.000 russischen Soldaten, die in der Ukraine im Einsatz stehen, würde dies eine neuerliche und deutliche Verstärkung der russischen Kräfte bedeuten, wodurch die bereits angespannte Lage der Ukrainer eine weitere Verschärfung erfahren würde. Auch in punkto Munition, Ausrüstung und Bewaffnung kam die Ukraine zunehmend unter Druck. Um die Jahreswende wurden die noch verfügbaren US-Mittel ausgeschüttet. Eine weitere Unterstützung wurde durch die Republikaner im US-Senat blockiert. Während also Russland mit Putin ungebrochenen Siegeswillen zeigte, bröckelte auch durch den Gaza-Krieg die westliche Unterstützung für die Ukraine. Auch in der ukrainischen Innenpolitik zeigten sich Risse. Spannungen zwischen der Militärführung unter Oberbefehlshaber Walerij Saluschnyj und Präsident Selenskyj gipfelten im

Vorhaben der Entlassung des Oberbefehlshabers Ende Jänner 2024, das auf westlichen Druck fallen gelassen werden musste. Auch der Kiewer Bürgermeister Vitalij Klitschko wagte sich mit Kritik am Präsidenten vor.

Meterweises „Voranfressen“ der Russen

Auf russischer Seite wurde diese Phase der Erschöpfung der Ukrainer und der Erhöhung der eigenen Schlagkraft für ständige Angriffe an allen Frontabschnitten genutzt, was zu einem Vorarbeiten Meter für Meter führte. Vor allem in den Bereichen Kupjansk, Bachmut, Awdijiwka, Nowomychajliwka und Nowopropkopiwka konnten bis Ende Jänner/Anfang Februar 2024 räumliche Fortschritte der Russen erzielt werden. Der Befehlshaber der ukrainischen Bodentruppen, Generaloberst Oleksandr Syrsky, stellte fest, dass Russland eine militärische „Überlegenheit“ erlangt habe. Diese sei zum Teil darauf zurückzuführen, dass Moskau bereit und in der Lage dazu sei, eine große Zahl von Truppen in einem Zermürbungskrieg zu opfern. In dieser festgefahrenen Situation versuchte die Ukraine das „Momentum“ wieder zurückzugewinnen und



Ukrainischer T-72 Kampfpanzer.

zumindest den Informationsraum zu dominieren. Dies gelang einerseits durch die Zerstörung des russischen Landungsschiffes „Nowotscherkassk“ am 26. Dezember im Hafen von Feodosija, wodurch abermals der durch ukrainischen Druck erzwungene Rückzug der Schwarzmeerflotte in den östlichen Teil des Meeres bzw. nach Noworossijsk deutlich wurde und zweitens durch mehrere strategische Drohenschläge über große Distanzen tief im russischen Hinterland: Davon betroffen waren ein Gasterminal in Ust-Luga und die Ölraffinerie Nevsky Mazut (am 31. Jänner 2024) bei St. Petersburg.

Weltkrieg auf Raten

Damit wurde die Ankündigung der ukrainischen Seite, dass man von der Offensive 2023 im Jahr 2024 in die Defensive übergehen, aber gleichzeitig den Krieg nach Russland hineinragen werde, glaubwürdig unterstrichen. Derartige Angriffe, vorausgesetzt, sie werden massiert durchgeführt, was von den verfügbaren Mitteln der Ukrainer abhängt, haben jedenfalls strategisches Potential. Im Vorfeld der russischen Präsidentenwahl vom 15. bis zum 17. März werden die russischen

Kampfhandlungen noch zusätzlich intensiviert werden. Der Informationsraum (vergleiche die widerstreitenden Darstellungen um den Abschuss einer IL-76 am 24. Jänner) wird heftig umkämpft bleiben. Für den „globalen Norden“, der sich durch den russischen Angriff und die zunehmende Unterstützung des „globalen Südens“ für den Aggressor Russland noch mehr herausgefordert sieht (Papst Franziskus warnte völlig zutreffend vor einem „Weltkrieg auf Raten“) wird das Jahr 2024 im Ukrainekrieg zum Kulminationspunkt. Die Ukraine wird in der Defensive vermutlich bis zu den US-Präsidentenwahlen durchhalten. Das würde die Basis dafür schaffen, Russland zu signalisieren, dass es mit seinem Angriff nicht durchkommt. Das setzt Entschlossenheit voraus (keine Zögerparolen vom Modell Bundeskanzler Scholz) und Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine. Andernfalls wird der „globale Norden“ deren Niederlage teilen. Mit allen Folgen!

Abgeschlossen am 1. Februar 2024



Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident

Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

„Wer kämpfen kann, der kann auch Schneeschaukeln oder Sandsackfüllen. Nur, wer das Sandsackfüllen beherrscht, kann noch nicht notwendigerweise kämpfen.“ Ich nehme hier ganz bewusst Bezug auf eine Ansprache, die der ehemalige Militärkommandant Brigadier Anton Waldner einmal gehalten hat. Ich möchte damit auf die gerade stattfindende Diskussion eingehen, die Bundes-

kanzler Karl Nehammer mit seiner Aussage ausgelöst hat, dass Milizübungen der Wirtschaft schaden würden. Offiziersgesellschaft und Bundesvereinigung der Milizverbände haben dazu bereits pointierte Stellung genommen und festgehalten, dass die Aussage des Bundeskanzlers die vom Verteidigungsministerium veröffentlichte sicherheitspolitische Jahresvorschau 2024 geradezu konterkariert. Das sehe ich genauso. Aufgabe des Bundesheeres ist es, unsere Sicherheit zu gewährleisten. Dafür erhält es Steuergelder und dafür berufen wir junge Staatsbürger ein. Wenn im Zuge dieser Einsatzvorbereitung (= Grund- und Verbandsausbildung) auch Pistentreten in Kitzbühel, Assistenzeinsätze oder Schneeschaukeln abgedeckt sind, dann soll das so sein. Es ist aber letztlich Aufgabe des Bundesheeres, uns vor Bedrohungen zu schützen. Es mag sein, dass dies nicht immer bequem ist. Es mag sein, dass da und dort

für eine bestimmte Zeit eine wichtige Arbeitskraft fehlt. Entscheidend ist aber der Allgemeinutzen, den unser Staat aus dem Grundwehrdienst zieht. Es ist die Aufgabe von Staatsmännern (da ich nicht gendere, gilt das für beide Geschlechter) das entsprechend zu fördern und das Gemeinwohl voranzustellen. Ernsthafte Sorgen mache ich mir dann, wenn das nicht mehr der Fall ist. Kein Verständnis habe ich daher für Aussagen von Bürgermeisterinnen großer Landeshauptstädte, die meinen: „Warum sollte uns jemand angreifen (...)“? Wenn wir uns entsprechend verhalten (...) wird das nicht passieren.“ Ich halte daher fest, dass sich Ungarn 1956, die Tschechoslowakei 1968, Georgien 2008, die Ukraine 2022 und Israel 2023 (diese Liste kann ich noch beliebig verlängern) bloß falsch verhalten haben. Hätten sie sich richtig verhalten, was immer darunter zu verstehen ist, dann wäre ihnen das eh

nicht passiert. Sie hätten sich bloß unterwerfen müssen. Es ist ja wirklich unerheblich, wenn die wesentlichen Anordnungen z.B. von einem Kleptokratenregime in Moskau getroffen, Haus und Hof, Staatskasse und Allgemeinvermögen ausgeplündert werden, der Rechtsstaat Vergangenheit ist, man muss sich „nur richtig verhalten“. Ob dieser Ratschlag dann auch für Opfer von Verbrechen gegen Leib und Leben gilt, das wird uns besagte Bürgermeisterin sicher noch mitzuteilen geruhen. Für mich ist klar: Ich bekenne mich zum bewaffneten Schutz unserer Heimat und ich verlange, dass unsere Verantwortlichen auf Basis von Gesetz und Verfassung alles dafür Erforderliche tun. Meine und unsere Partei ist Österreich!

Euer

Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Wehrpflicht: Österreichs absurdes System

Am 20. Jänner 2013 fand die Volksbefragung über die Wehrpflicht statt, bei der sich das österreichische Volk mit großer Mehrheit für deren Beibehaltung entschied. Dieser Tag, ist nun als Tag „der Wehrpflicht“ jedes Jahr Anlass für politische Betrachtungen und Analysen. Seitens des Verteidigungsressorts wird – wenig überraschend – routinemäßig betont, wie wichtig „die Miliz“ sei und wie gut das Bundesheer aufgestellt ist. Leider fallen auch die wehrpolitischen Verbände (u.a. Offiziersgesellschaft) und der ministeriell bestellte „Milizbeauftragte“ viel zu oft in diesen Jubelkanon ein. Es lohnt daher ein realistischer Blick

auf die Angelegenheit. Einen solchen lieferte kürzlich Martin Fritzl in „Der Presse“. Es sei daraus zitiert: „(...) Insofern spricht der Krieg in der Ukraine wieder mehr für das System der Wehrpflicht. In Österreich braucht man das nicht mehr zu diskutieren, die Volksbefragung hat da eine Entscheidung auf lange Zeit einzementiert. Worüber man aber schon diskutieren muss, ist die Frage, wie diese Wehrpflicht ausgestaltet wird. Und da ist Österreich auf halbem Weg stehen geblieben und hat ein System geschaffen, das einigermaßen absurd wirkt. Das Heer besteht im Wesentlichen aus dem Berufskader und Grundwehrdienern. Ein System, das zu einem guten Teil mit sich selbst beschäftigt ist: Der Berufskader bildet mit

hohem Aufwand die Grundwehrdiener aus, die aber nicht produktiv eingesetzt werden, sondern nach der Ausbildung nichts mehr mit dem Heer zu tun haben. Wie man die Ressourcen der Wehrpflicht sinnvoll nutzt, zeigt die Schweiz vor: Sie hat ein echtes Milizheer, die Rekruten wechseln nach der Ausbildung in die Miliz und bilden dort den Kern der Organisation. Berufssoldaten gibt es dort auch, aber viel weniger. In Österreich dagegen wurde das Milizsystem mit dem Aussetzen der verpflichtenden Übungen unter Minister Günther Platter 2005 de facto abgeschafft. (...) Zwar wagt immer noch niemand eine Wiedereinführung der Übungen, wohl aber gibt es finanzielle Anreize für die freiwillige Ver-

p f l i c h -
t u n g
zur
Miliz. Ein
großes Heer
lässt sich damit
zwar immer noch
nicht auf die Beine stellen,
wohl aber eine kleinere Truppe, die das Berufsheer im Bedarfsfall unterstützen kann. (...) Und es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass das Modell ziemlich genau dem entspricht, was der damalige Minister Norbert Darabos 2013 wollte: ein Berufsheer ergänzt durch eine Profi-Miliz – eben ohne Grundwehrdiener.“ Hinzuzufügen ist: auch damit wird weder dem Bedarf Österreichs noch dem Gebot der Bundesverfassung entsprochen.



Die Welt aus den Fugen - und Österreich?



Mag. Bernd Huber

Am 29. Jänner 2024 präsentierte Bundesministerin für Landesverteidigung Klaudia Tanner mit dem Leiter der Direktion Verteidigungspolitik und internationale Beziehungen, Generalmajor Peter Vorhofer, das „Risikobild 2024-Welt aus den Fugen“. Der Titel war bewusst oder unbewusst einem Buch des Welterklärers Peter Scholl Latour aus dem Jahr 2012 entlehnt, in dem dieser konstatierte, dass die westliche Formel von säkularer Demokratie und Kapitalismus sich von mehreren Seiten ernsthaften Herausforderungen gegenübersteht. Entsprechend drastisch liest sich auch der Bericht des Verteidigungsministeriums. Unter dem Titel „Trendszenario“ ist beispielsweise zu lesen: „Es gibt nur wenige bis keine Anzeichen, die auf eine positive Trendwende hindeuten könnten. Diese sich abzeichnende internationale Unordnung dürfte sehr wahrscheinlich mit einer Zunahme (...) von Konflikten einhergehen. Es ist ebenfalls anzunehmen, dass Russland intern vermehrt repressiv agieren wird. Zudem wird es sehr wahrscheinlich versuchen, Europa mittels hybrider Maßnahmen zu destabilisieren und gezielt herauszufordern. Ein militärisches Aufeinandertreffen an den EU-Außengrenzen zu Russland erscheint möglich; auch eine weiträumige Bedrohung Europas, bei-

spielsweise durch Raketen und Drohnen, kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Das europäische Umfeld wird mittelfristig deutlich von Instabilität und Konflikten geprägt sein. (...) Hinzukommen vermehrt terroristische Aktivitäten und ein wachsender Migrationsdruck in Richtung Europa, die diese unsicheren Verhältnisse (...) zusätzlich intensivieren. Sollte sich diese negative Trendentwicklung im europäischen Umfeld weiter verschärfen, könnte dies langfristig eine umfassende Bedrohung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bedeuten.“ Eine drastische Schilderung, die keinen Platz für unbegründeten Optimismus lässt.

Bundesheer: ohne Milizsystem eine halbe Sache

Eher erscheint es angebracht, entsprechende Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, wie dies zumindest ansatzweise in punkto Ausrüstung und Ausstattung des Bundesheeres bereits geschieht. Allerdings lässt die Personalsituation deutlich zu wünschen übrig. Viele Planposten sind nicht besetzbar, auf Grund des ungünstigen Besoldungsmodells wandern zahlreiche Offiziere und Unteroffiziere in andere Bereiche ab. Einen Ansatzpunkt zur Lösung der Misere bietet das Milizsystem. Nach diesem Prinzip wäre das Bundesheer der Bundesverfassung entsprechend zu gestalten. Dies würde jedoch wiederkehrende Volltruppenübungen strukturierter Milizverbände auf Basis einer Übungspflicht verlangen, die es seit der Aussetzung der Truppenübungen durch weiland Bundesminister Platter im Jahr 2006 nicht mehr gibt. Wie nun der Bundeskanzler auf die düsteren Prognosen reagiert, oder wie ernst er das nimmt, das konnte das interessierte Publikum am 30.

Jänner 2024 aus der Kleinen Zeitung erfahren: „Die Bereitschaft, das Vaterland mit der Waffe zu verteidigen, ist ein wichtiger Bestandteil einer wehrhaften Demokratie. Sechs Monate sind genug. Das Bundesheer muss derzeit sein Auslangen finden“ und „Milizübungen würden der Wirtschaft schaden“ – soweit Bundeskanzler Nehammer.

Nehammer: „Milizübungen schaden der Wirtschaft“

Dies rief den Präsidenten der Bundesvereinigung der Milizverbände Oberstleutnant Bernd Huber auf den Plan: „Wäre es nicht so traurig, könnte man über die Aneinanderreihung der veröffentlichten Meldungen fast lachen. Das BMFLV veröffentlicht seine sicherheitspolitische Jahresvorschau. Unter dem treffenden Titel „Die Welt aus den Fugen“ wird ein bedrückendes Bild der aktuellen Lage, der sich auch Österreich als „neutrale Insel der Seligen“ nicht wird entziehen können, gezeichnet. Was daher eigentlich eine Intensivierung der Verteidigungsanstrengungen erwarten ließe, wird durch die Aussagen des Herrn Bundeskanzlers (Milizoffizier!) völlig konterkariert“, so Huber. Der Bundeskanzler möchte mit

dem ineffizienten und verfassungswidrigen System des Wehrdienstes im Ausmaß von 6+0 mit dem Argument, dass „Milizübungen der Wirtschaft schaden“ weitermachen, als sei nichts geschehen. „Ich kann mich nicht erinnern, dass die Wirtschaft Österreichs vor dem Aussetzen der Übungen durch BM Platter unseligen Andenkens zusammengebrochen wäre. Eher war zu konstatieren, dass die Wirtschaft von erworbenen Fertigkeiten und Wissen beim Bundesheer ihren Nutzen zog. Aber bitte: warum dann nicht gleich konsequent das Modell 0+0 für den Wehrdienst fahren. Das würde der Wirtschaft nach der Logik des Bundeskanzlers wohl am meisten nützen. Allerdings würde damit Österreich noch mehr als bisher zum sicherheitspolitischen Vakuum. Das hat zwar die Verantwortlichen hierzulande nur selten tangiert, ob das dann der Wirtschaft mehr nützen würde, darf dahingestellt bleiben“, so Präsident Huber abschließend. Schlussfolgerung: Die Welt ist aus den Fugen, die Verteidigungsministerin erkennt das und warnt. Für den Bundeskanzler der gleichen Partei kein Grund zur Beunruhigung!



Ukrainische Luftabwehr im Feuerkampf.



Brennpunkte der Weltpolitik:

Gaza: Operation „Eiserne Schwerter“ und welcher Plan?



Überall im arabischen Raum finden sich Solidaritätsbekundungen mit Gaza.

Die „Operation Eiserne Schwerter“ der Israeli Defence Forces (IDF) fand vom Morgen des 24. November 2023 bis zum Morgen des 1. Dezember 2023 eine Unterbrechung durch eine Waffenruhe. Israelische Geiseln wurden schrittweise gegen palästinensische Gefangene in israelischer Haft ausgetauscht. Nachdem am 1. Dezember die IDF die Kampfhandlungen wieder aufgenommen hatten, kam es zu schweren Kämpfen in Gaza-Stadt und im Norden des Gazastreifens. Die IDF begannen in der Folge mit der Verlagerung des Schweregewichtes des Angriffes auf den Süden des Gazastreifens, wo Hamas-Führer Mohammed Deif und Jahja Sinwar vermutet werden. Am 7. Dezember wurde die Einkesselung von Chan Yunis gemeldet. Zeitgleich wurden immer mehr Fakten zum palästinensischen Überfall am 7. Oktober bekannt. Einem Bericht der „New York Times“ zu Folge, lagen Israel bereits mehr als ein Jahr zuvor Hinweise auf einen geplanten Hamas-Großangriff vor. So habe es einen umfassenden Austausch israelischer Behör-

den zu einem 40 Seiten langen Dokument mit dem Codenamen „Jericho-Mauer“ gegeben, das einen Gefechtsplan der Hamas skizzierte. Geheimdienstmitarbeiter hätten den Plan jedoch als zu komplex für die Hamas abgetan.

Warnungen ignoriert

Auch andere Warnungen von Angriffssübungen der Hamas wurden nicht ernst genommen. Als „nicht glaubwürdig“ seien zum Beispiel die alarmierenden Beobachtungen bewertet worden, die von mehreren Soldatinnen auf ihren Überwachungsposten entlang der Grenze zum Gazastreifen übermittelt wurden. Diese hätten wahrgenommen, dass die Hamas unweit des Grenzzauns in einem ihrer Trainingslager ein maßstabsgetreues Modell einer Beobachterposition gebaut habe, wie sie die IDF betreiben würden. Anderen Berichten zu Folge, hätten bewaffnete Hamas-Kämpfer entlang der Grenze Löcher gegraben, um dort Sprengstoff oder GPS-Störsender zu platzieren. „Das alles waren klare Indizien, dass der Feind einen Angriff vorbereitet“, sagte ein ehemaliger Armeesprecher. Dennoch sei nichts unternommen worden. Durch diese Berichte erhöhte sich der Druck auf Premierminister Benjamin Netanjahu, dem die (politische) Letztverantwortung für das Debakel zugeschrieben wird. Auf taktischer Ebene konnte am 19. Dezember gemeldet werden, dass die 162. Division der IDF die „volle Kontrolle“ über Jabalia im Nordabschnitt errungen habe, während die heftigen Kämpfe um Chan Yunis unvermindert weitergingen. Mit dem israelischen Vorrücken wurde auch das

Ausmaß des Tunnelsystems unter Gaza immer deutlicher, durch das Sinwar und Deif vor den IDF in den südlichen Abschnitt des Gaza-Streifens ausweichen konnten. Die israelische Armee erklärte, die Tunnel seien Teil eines Komplexes, „der ein Machtzentrum des militärischen und politischen Flügels der Hamas war“. So sei der Palästina-Platz „mit der Untergrund-Infrastruktur im Gebiet des Rantisi-Krankenhauses und des Schifa-Krankenhauses verbunden.“ Diese Tunnelsysteme machen den IDF erheblich zu schaffen. Während sich diese mit der Hamas einen verbissenen Häuserkampf lieferten (zum Ende des Berichtszeitraumes betrug die Zahl der israelischen Gefallenen bereits 194), mussten die IDF immer wieder überraschende Überfälle der Hamas auf bereits „gesicherte“ Gebiete abwehren.

Tückischer Häuserkampf, Huthis und der Iran

Auch Raketen stiegen aus diesen Bereichen wiederholt gegen Israel auf. International erhöhte sich der Druck auf Israel – in zahlreichen Staaten fanden und finden in einer Täter-Opfer-Umkehr propalästinensische Demonstrationen statt. Auf eine Ausweitung des Konfliktes weist der Beschuss von Israel und des internationalen Schiffsverkehrs im Roten Meer durch die Huthis im Jemen hin, auf den das Vereinigte Königreich und die USA durch Bombenangriffe reagierten. Nachdem am 2. Jänner ein israelischer Luftangriff Saleh al-Aruri, Mitglied des Politbüros der Hamas, mitten in Beirut getötet hatte, war eine Trauerkundgebung in Kerman im Iran Ziel eines IS-Anschlages, der

rund 90 Tote forderte. Die iranische Reaktion bestand in Raketenangriffen im iranisch-pakistanischen Grenzgebiet und auf ein Ziel in Kurdistan. Der zuletzt angeführte Schlag wurde mit einer Rakete punktgenau ausgeführt, in deren Reichweite auch Tel Aviv liegt. Damit verbunden war eine selbstbewusst-klare Warnung an Israel, den Konflikt nicht auszuweiten. Spiegelbildlich zu den Schwierigkeiten der IDF, die Kriegsziele zu erreichen (Zerschlagung der Hamas, Wiederherstellung der Sicherheit und Rückkehr der Geiseln), erscheinen auch die Bruchlinien zwischen Kriegskabinetten, Sicherheitskabinetten und „normalem“ Kabinetten in Israel, gelegentliche Schreiduelle inbegriffen sowie zu den USA, deren Forderung nach einer „Zweistaatenlösung“ von Netanjahu bisher verworfen wurde. Zum Kriegsschauplatz Gaza, dem Unruheherd Westjordanland und libanesisch-israelische Grenze kommen also auch die innerisraelischen Auseinandersetzungen, die an Schärfe zunehmen und sich auf einen Punkt fokussieren: auf den fehlenden Plan für den Tag nach dem Gazakrieg. Zwar hätten die IDF nach eigenen Angaben bisher ca. 9.000 Terroristen ausgeschaltet (bei 25.000 zivilen Opfern nach Angaben der Hamas). US-Geheimdienste gehen hingegen davon aus, dass bisher maximal 30 Prozent der Hamas-Kämpfer ausgeschaltet seien und die Hamas noch monatelang kampffähig wäre. In Summe also schlechte Perspektiven für den Frieden!

Abgeschlossen mit 22.1.2024

Pallasch Zeitschrift für Militärgeschichte 82 (Oktober 2022)



Pallasch Zeitschrift für Militärgeschichte 82 (Oktober 2022)

Format Din A 4, 200 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert
Preis: € 17,-
ISBN 978-3-902721-82-2
Österreichischer Milizverlag
Salzburg 2022

Die Uniformen der k.u.k. Armee mit ihren Egalisierungsfarben, die übersichtlich im sogenannten „Farbkastell“ dargestellt waren, gingen auf die Entwicklung eines stehenden Heeres mit einheitlicher Adjustierung zurück. Es ist kaum zu glauben, welche unterschiedlichen Farbtöne Verwendung fanden. Hermann Hinterstoisser, Spezialist für uniformkundliche Fragen, entschlüsselt die Geheimnisse der Farbgebung. Historische bzw. militärtechnische Untersuchungen, die in den letzten Jahren auf Burg Forchtenstein durchgeführt wurden, erbrachten sensationelle Ergebnisse. Vorhandene Waffen(teile) bzw. Werkmittel zur Gewinnung von Schwarzpulver entsprechen exakt den aus verschiedenen historischen Meisterbüchern erschließbaren Techniken. Da Forchtenstein, im habsburgischen Teil Ungarns gelegen, während der zahlreichen Tür-



Das Zeughaus in Burg Forchtenstein.

kenkriege eine exponierte Position besaß, nimmt es kein Wunder, dass ausgerechnet dort bzw. in der Umgebung zahlreiche Fertigungsstätten für Schießpulver betrieben wurden. Brigadier i.R. Dipl.-Ing. Franz Felberbauer stellt die historischen und technischen Zusammenhänge her. Bernd Huber weitet in seinem Beitrag den Blick weiter in Richtung Osten. Im Banat, im heutigen Rumänien, war die bedeutende Festung Arad angesiedelt. Diese befand sich zunächst im Gebiet der heutigen Stadt, wurde ab 1763 jedoch in die Flussschleife des Maros verlegt, wo nach dem Vauban'schen Prinzip eine moderne Großfestung entstand. Diese sollte im Aufstand der Ungarn 1848/49 eine bedeutende Rolle spielen. Arad war Schauplatz des so genannten „Blutgerichtes“, das die Beziehungen Habsburgs zu Ungarn belasten sollte und bis heute nicht aus dem ungarischen Nationalbewusstsein verschwand. Der Straßenpanzerwagen ADGZ/P, der von Austro-Daimler entwickelt wurde, kam in geringen Stückzahlen ab den späten 20er Jahren des letzten Jahrhunderts bei Polizei und Bundesheer zur Verwendung. Konstruktion und

Aufbau dieses Fahrzeuges waren äußerst fortschrittlich. Der ADGZ/P fand auch noch im II. Weltkrieg Verwendung. Autor Friedrich Mayer stellt die Geschichte der Verwendung dieses Fahrzeuges und der Verbände, die es zum Einsatz brachten, dar. Letzte Einsätze erfolgten im April 1945 während der Schlacht um Wien. Hermann Hinterstoisser und Hans Edelmaier gehen der Geschichte des Präsentierens nach. Für das II. Österreichische Bundesheer wurde, ausgehend von Salzburg, der Präsentiermodus für das

Sturmgewehr 77 entwickelt. Verantwortlich waren das Landwehrstammregiment 82 und der damalige Oberleutnant Heinz Hufner, später als Brigadier Militärkommandant von Salzburg. Beiträge finden sich weiters zur Uniform- und Waffenkunde sowie zur Formations- und Ereignisschichte und nicht zuletzt ist auch wieder ein umfangreicher Rezensionsteil enthalten.



Glashandgranaten im Zeughaus Burg Forchtenstein